Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit
UA 220
Referat 222

Berlin, 27. Sep. 1990

Information

über die 2. UN-Konferenz zu den am wenigsten entwickelten Ländern, Paris, 3. - 14. 9. 1990

Die Aufgabe der Konferenz bestand entsprechend dem Auftrag der UN-Vollversammlung in

- der Erörterung der Erfüllung des Aktionsprogramms der 80er Jahre zugunsten der LDC,
- der Diskussion und Beschlußfassung über weitere nationale und internationale Maßnahmen zur Beschleunigung des Entwicklungsprozesses in diesen Ländern.

An der Konferenz nahmen 149 Länder, 50 zwischenstaatliche Organisationen und 64 Nicht-Regierungsorganisationen teil. In der Plenardebatte traten 8 Staats-/Regierungschefs auf.

Die DDR verfolgte die Konferenz beobachtend.

Schwerpunkte der Plenardebatte

Große Aufmerksamkeit wurde der Eröffnungsrede der Konferenz durch den französischen Präsidenten Mitterand gewidmet. Dieser sprach sich für einen internationalen "Solidaritätskontrakt" zugunsten der LDC aus. Er befürwortete konkrete zeitliche Festlegungen für die allgemeine Erreichung des Zieles, den LDC 0,15 % des BSP als Hilfe zu gewähren sowie entschlossene Anstrengungen zur Erreichung des 0,2 %-Zieles in den nächsten Jahren. Er trat für eine Verbesserung der Qualität der Entwicklungshilfe, für weitergehende Maßnahmen zur Schuldenerleichterung der LDC sowie für verbesserte Mechanismen zur Stabilisierung der Rohstoffexporterlöse dieser Länder ein. Der Präsident kündigte die Ausdehnung des bereits früher gewährten Schuldenerlasses für afrikanische LDC auch auf LDC anderer Regionen an. Das Auftreten der entwickelten westlichen

Kopie aus dem Bundesarchiv

Industrieländer war - neben unterschiedlicher nationaler Akzentsetzung - insgesamt konzentriert auf:

- Bekräftigung der Hauptverantwortung der LDC für ihre Entwicklung bei gleichzeitiger Befürwortung adäquater finanzieller Unterstützung;

- Orientierung auf Schaffung demokratisch-pluralistischer Rahmenbedingungen in LDC als Voraussetzung für eine größere Wirksamkeit der Hilfeleistungen;

- Befürwortung tragfähiger Bevölkerungs- und Umweltpolitiken in LDC sowie eine stärkere Einbeziehung der Frauen in den Entwicklungsprozeß.

Bundesminister Warnke betonte besonders die Notwendigkeit stabiler und effektiver Rahmenbedingungen in LDC als ausschlaggebend für die Wirksamkeit von Hilfe und Zusammenarbeit. Er bekräftigte den Willen der Bundesregierung, trotz der zusätzlichen Verpflichtungen hinsichtlich Osteuropas und des Einigungsprozesses, die Unterstützung für EL/LDC weiter zu verstärken. Dabei verwies er zugleich auf die beabsichtigte Freisetzung und Nutzung von Mitteln aus der Abrüstung.

Die nordischen Länder drängten auf internationale Verpflichtungen zur Festlegung klarer zeitlicher Rahmenbedingungen für die Erfüllung des 0,15 %-Zieles und zur Anerkennung der 0,20 %-Marke als weitere Zielstellung auf diesem Gebiet. Die Niederlande regten eine neue Initiative zur Schuldenerleichterung der LDC an. Sie schlugen vor, daß die Gläubigerländer in kollektiver Weise eine vollständige Streichung offizieller bilateraler Schulden der LDC vornehmen sollten. Die Kollektivität eines solchen Schrittes soll die Effektivität dieser Maßnahmen erhöhen und eine Gleichbehandlung der Gläubigerländer sichern.

Die Entwicklungsländer schätzten die 80er Jahre allgemein als für die Entwicklung "verlorenes Jahrzehnt" ein. Davon ausgehend, forderten sie ein neues Aktionsprogramm für die 90er Jahre mit konkreten und verbindlichen Festlegungen. Die Hauptverantwortung ihrer Länder für

Kopie aus dem Bundesarchiv

die Schaffung innerer günstiger Rahmenbedingungen wurde von ihnen allgemein anerkannt. Gleichzeitig forderten sie eine echte Entwicklungspartnerschaft und forderten Unterstützung mit der Konzentration auf:

- Erhöhung finanzieller Unterstützung; allgemeine Erreichung des 0,15 %-Zieles in festgelegtem Zeitraum sowie Orientierung auf 0,20 %;

- genereller Schuldenerlaß für LDC,u.a. auch bei multilateralen Finanzinstitutionen;

- zusätzliche technische und finanzielle Hilfe zur Lösung ihrer Umwelt- und Bevölkerungsprobleme.

Seitens einer Reihe von EL bzw. LDC wurde die Besorgnis geäußert, daß der Abbau der Ost-West-Konfrontation und die verstärkte Hilfe für Osteuropa zu einer Verringerung der Unterstützung für die LDC führen könnte.

Die osteuropäischen Länder informierten in der Debatte über die in ihren Ländern laufenden Umgestaltungen in Richtung Marktwirtschaft. Sie werteten diese Reformen als Bestreben zur Lösung der bestehenden ökonomischen Probleme und zur besseren Einordnung in die Weltwirtschaft. Ungeachtet ihrer eigenen Probleme bekräftigten sie ihren Willen zur Fortsetzung bzw. Intensivierung ihrer Unterstützung für die LDC. Insbesondere die SU informierte über Maßnahmen zur Schuldenerleichterung der LDC und betonte ihre Bereitschaft, künftig auch verstärkt mit multilateralen Finanzinstitutionen zusammenzuarbeiten.

<u>Ergebnisse der Konferenz / angenommene Dokumente</u>

- Aktionsprogramm der 90er Jahre für die LDC und Pariser Deklaration

- Empfehlung an das Komitee für Entwicklungsplanung über die Überprüfung der "Kriterien zur Bestimmung der LDC"

Kopie aus dem Bundesarchiv

- Resolution über "Ökonomische Unterstützung und den LDC-Status Namibias"

- Resolution über den Dank der Konferenz an das Gastgeberland.

Schwerpunkte der einzelnen Dokumente

1. Aktionsprogramm für die 90er Jahre

Hauptkomplexe:

I. Bewertung der sozial-ökonomischen Situation in den 80er Jahren

II. Grundprinzipien der Entwicklungszusammenarbeit

III. Globale Rahmensetzung

IV. Entwicklung menschlicher Ressourcen

V. Modernisierung der ökonomischen Basis

VI. Mechanismen zur Umsetzung und Bewertung der Erfüllung des Aktionsprogramms

Im Sinne des neuen Geistes der Entwicklungspartnerschaft waren die Verhandlungen von dem Bestreben dominiert, das Aktionsprogramm im Konsens anzunehmen. Dieses Ziel wurde erreicht.
Inhaltlich konzentrierten sich die Verhandlungen auf die Formulierung der Verpflichtungen

a) zur Erreichung der Zielstellungen bei der Gewährung von Offizieller Entwicklungshilfe für LDC (0,15 bzw. 0,20 %).

Die Lösung - und damit das qualitativ neue - besteht dabei in der Festlegung einer "Menue-Auswahl", d.h. einer Einteilung der Geberländer in 4 Kategorien mit einer jeweiligen differenzierten Orientierung auf die Erfüllung des 0,15/0,20 %-Zieles in Abhängigkeit von ihrem bisherigen Erfüllungsstand. Durch die damit erfolgte Differenzierung und Flexibilität erhofft man insgesamt eine Erhöhung des Gesamtflusses an ODA in LDC. Es ist jedoch einzuschätzen, daß sich der Verbindlichkeitsgrad der Verpflichtungen dadurch insgesamt nicht erhöht hat. Damit wurden zugleich auch die bei den LDC vorherrschenden Erwartungen

Kopie aus dem Bundesarchiv

hinsichtlich einer formalen Festsetzung einer generell höheren Zielmarke für die Gewährung von offizieller Entwicklungshilfe nicht erfüllt. Andererseits besteht gerade durch die differenzierte Zielbestimmung für die einzelnen Gebergruppen noch eher Aussicht auf erhöhte Anstrengungen zur Erfüllung der jeweiligen Verpflichtung und damit auf einen insgesamt höheren Ressourcenfluß an ODA in die LDC. Während z.B. von den USA die formale Festsetzung quantitativer Ziele für die Gewährung von Entwicklungshilfe weiterhin nicht anerkannt wird, bekundeten sie zugleich ihren Willen, weitere Anstrengungen zu erhöhten Hilfeleistungen an die LDC zu unternehmen.

b) Weiterentwicklung des internationalen Schuldenmanagementes zugunsten der LDC

Die betreffenden Paragraphen enthalten eine Reihe von Aufforderungen und Orientierungen an die Gläubigerländer sowie IMF, WB und Pariser Club zugunsten einer vorteilhafteren Behandlung der LDC bei Schuldenerleichterungen.

Während diese Orientierungen auch von den USA weitgehend mitgetragen wurden, meldeten diese gegen den Paragraphen, der sich insbesondere an die Adresse der WB wendet, einen prinzipiellen Vorbehalt an, ohne dem Konsens zum Gesamtdokument damit grundsätzlich zu widersprechen. Sie sprachen sich dabei gegen jegliche Beeinflussung der Kompetenz der entsprechenden internationalen Finanzinstitutionen aus.

Weitere Schwerpunkte der Verhandlungen waren die Formulierungen zum Wechselverhältnis zwischen

- äußerem makroökonomischen Umfeld und nationalen Politiken;
- dem privaten und staatlichen Sektor;
- der Orientierung auf Wachstum/Entwicklung einerseits und Erhaltung/Verbesserung der Umwelt andererseits;
- demokratischen Reformen und der Einhaltung der Menschenrechte im Verhältnis zur Wahrung der Souveränität der Länder.

Kopie aus dem Bundesarchiv

Die Schlußbestimmungen des Aktionsprogrammes orientieren auf die Schaffung eines Analyse- und Überprüfungsmechanismus auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene, in dem die UNCTAD weiterhin den zentralen Platz einnimmt. Für die Mitte der Dekade ist eine umfassende Halbzeitanalyse vorgesehen und für Ende der 90er Jahre wird auf die Möglichkeit einer dritten LDC-Konferenz orientiert.

2. Die Pariser Deklaration geht auf eine Initiative des Gastgebers Frankreich zurück.

   Sie:
   - bekräftigt als ausdrücklich politische Willenserklärung der Konferenz das Prinzip der Entwicklungspartnerschaft;
   - legt die wechselseitige Verantwortung der LDC zur Sicherung wachstumsfördernder nationaler Politiken einerseits und der Entwicklungspartner zur Gewährung einer ausreichenden äußeren finanziellen Unterstützung andererseits fest;
   - benennt als 5 Prioritätsgebiete des Aktionsprogrammes
     . eine makroökonomische marktorientierte Politik
     . die Entwicklung der menschlichen Ressourcen der LDC durch die echte Einbeziehung der Menschen in den Entwicklungsprozeß, die Beachtung der Menschenrechte und die Durchführung effektiver Bevölkerungs-, Bildungs- und Beschäftigungspolitiken;
     . Maßnahmen zur Umweltverbesserung;
     . die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion in den LDC;
     . die Entwicklung des produktiven Sektors in diesen Ländern
   - enthält die Verpflichtung der Internationalen Gemeinschaft, aktiv zur Verbesserung des internationalen Klimas beizutragen.

Kopie aus dem Bundesarchiv

3. Die Empfehlung zur Überprüfung der Kriterien für die LDC geht von der Überlegung aus, daß die jetzt gültigen Kriterien vor 15 Jahren aufgestellt wurden und den heutigen Realitäten nicht mehr entsprechen. Es wird darauf orieniert, daß der ECOSOC und die UN-Vollversammlung nach einer entsprechenden Untersuchtung die dazu notwendigen Beschlüsse fassen.

In den Erklärungen einzelner Länder bzw. Ländergruppen zum Abschluß der Konferenz erfolgte eine Bewertung ihrer Ergebnisse vor allem unter dem Aspekt des erreichten Gesamtkonsenz zum Aktionsprogramm.

Im diesem Sinne stellte die EG in den Mittelpunkt ihrer insgesamt positiven Einschätzung die Tatsache, daß das Aktionsprogramm ein Dokument realistischer, differenzierter und entschlossener Verpflichtungen aller Länder darstellt und damit gute Grundlagen für seine erfolgreiche Erfüllung gegeben sind.
Schweden betonte namens der nordischen Staaten in erster Linie das im Aktionsprogramm verkörperte Prinzip der Entwicklungspartnerschaft als Grundlage künftigen Handeln. Es brachte aber zugleich auch zum Ausdruck, daß ein höherer Grad an Verbindlichkeit der Festlegungen über den Ressourcentransfer und die Schuldenbehandlung der LDC angebracht gewesen wäre und daß das Konferenzergebnis in dieser Hinsicht hinter den Erwartungen und Erfordernissen zurückgeblieben sei. Diese differenzierte Gesamteinschätzung der positiven wie auch der unzulänglichen Elemente des Aktionsprogramms wurde im wesentlichen auch von der G 77 sowie der Gruppe der LDC selbst geteilt,wobei insbesondere letztere nochmals auf die lebenswichtige Bedeutung konkreter Verpflichtungen der internationalen Gemeinschaft für die künftige Entwicklung der LDC aufmerksam machten. Insgesamt ist den Bewertungen seitens des UNCTAD-Generalsekretärs, Dadzie, und des französischen Außenministers als dem Präsidenten der Konferenz zuzustimmen, die die Bedeutung des angenommenen Aktionsprogramms aus den darin enthaltenen gegenseitigen Verpflichtungen aller Entwicklungspartner ableiteten, was eine gute Grundlage für den künftigen Entwicklungsdialog darstellt.

Bemme

Bemme

Kopie aus dem Bundesarchiv